

Nachdem hierauf der Präsident des Herrenhauses dem Prinz-Regenten für das eidliche Gelöbniß gedankt, brachte der Präsident des Abgeordnetenhauses ein Lebehoch auf den König und den Regenten aus, welches die Versammlung dreimal wiederholte. Der Ministerpräsident erklärte dann den Landtag für geschlossen, worauf der Regent und die Prinzen des königlichen Hauses den Saal verließen.

Die bisherige Landesvertretung hat, soweit sie aus gewählten Mitgliedern besteht, mit der verfassungsmäßigen Anerkennung der Regentschaft ihre Aufgabe vollständig beendet. Die Neuwahlen zu dem Abgeordnetenhaus werden den 23. Novbr. d. J. stattfinden und voraussichtlich ein anderes Resultat ergeben, als in den letzten Jahren, denn es zeigt sich schon jetzt in allen Wahlkreisen eine lebhaftere Bewegung. Die Abgrenzung der Wahlkreise, welche in letzterer Zeit ganz willkürlich vorgenommen wurde, soll wieder in der Weise wie i. J. 1852 geschehen. Auch hat der interimistische Minister des Innern die Polizeibehörden angewiesen, sich jeder Einmischung bei den Wahlen zu enthalten; ferner sind auch Vorkehrungen getroffen, welche dahin abzielen, das zu häufige Auftreten der Beamten als Candidaten zu den Abgeordnetenwahlen, welches bekanntlich bisher durch offizielle Einflüsse unterstützt wurde, zu beschränken. — Die Gerüchte von einem bevorstehenden Ministerwechsel erhalten sich; doch glaubt man, daß vor dem Zusammentritt des Landtags eine durchgreifende Aenderung des Kabinetts schwerlich stattfinden werde.

In Berlin ist Dr. Lämmer, bisher Privatdocent der Theologie an dasiger Universität und eifriger Anhänger der Hengstenberg'schen Partei, zur katholischen Kirche übergetreten. — In Köln hatte der Gemeinderath beschlossen, in der dasigen Mädchen-Freischule Nonnen (Schwestern vom St. Vincenz-Orden) als Lehrerinnen einzuführen. Die Regierung hat indessen die Genehmigung hierzu versagt.

Oesterreich. Der Kaiser hat, um Ersparnisse im Staatshaushalte herbeizuführen, eine umfassende Abminderung der Geschäftsabtheilungen und des Personals in den höchsten Civil- und Militärbehörden, sowie eine hierdurch bedingte Verminderung der Schreiberei in allen Zweigen der Civil- und Militärverwaltung anbefohlen. Auch der Stand der Armee soll verringert und auf 551,100 Mann festgestellt werden; die Recruten-Aushebung, welche bisher jährlich 103,000 Mann betrug, wird demgemäß für die nächsten vier Jahre auf 85,000 Mann ermäßigt werden. — In Wien klagt man schon jetzt darüber, daß mit der neuen Geldwährung, welche den 1. Novbr. d. J. in's Leben tritt, eine wesentliche Vertheuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse herbeigeführt wird; die in dem Neugelde festgestellten Preise sind, der Abrundung wegen, meistens höher gegriffen, als sie sich nach der alten Münze berechnen. — Aus Meran in Tirol wird die am 19. Oct. erfolgte Ankunft des preussischen Königspaares gemeldet.

Italien. Die Lücken, welche in letzterer Zeit in dem sardinischen Ministerium entstanden waren und zu dem Gerüchte von einer Aenderung der bisherigen Politik Anlaß gaben, sind wieder ausgefüllt, und der Kabinettschef, Graf Cavour, scheint wieder fester als je zu stehen. Wie verlautet, beabsichtigt die sardinische Regierung an der Ostgrenze, gegen Pavia und Piacenza, welche als Basis österreichischer Kriegsoperationen angesehen werden, umfangreiche Vertheidigungswerke anzulegen. Hierdurch würde der im Lande allgemein verbreitete Glaube, daß im nächsten Frühjahr der Krieg unvermeidlich sei, neue Nahrung erhalten. — In Villafranca herrscht ungemeine Thätigkeit; es sind bereits russische Offiziere dort angekommen, und die umfangreichen Bestellungen und Lieferungscontracte, welche abgeschlossen wurden, zeigen deutlich genug, daß es sich nicht um die Anlegung eines bescheidenen Kohlenmagazins, sondern um die Errichtung eines großartigen russischen Marine-Etablissements handelt.

Frankreich. Der Streit mit Portugal ist beigelegt und das gute Recht des Schwächeren hat auch diesmal der

Macht des Stärkeren weichen müssen. Die portugiesische Regierung willigte in die Herausgabe des mit Beschlagnahme belegten französischen Schiffes, indem sie zugleich Protest einlegte gegen die von Frankreich ausgesprochenen Drohungen; die zu gewährende Entschädigung soll auf dem Wege gegenseitiger Verhandlung festgestellt werden. Die englische Regierung hat außer der Absendung zweier Kriegsschiffe nach Lissabon bekanntlich auch ein Geschwader von Plymouth abgehen lassen, welches ebenfalls vor der Mündung des Tago kreuzen sollte. Man hat aber allem Anscheine nach in London nicht daran gedacht, es irgendwie mit dem französischen Nachbar zu verderben, und die Demonstrationen sind wohl nur dazu gemacht worden, um später im Parlamente zu zeigen, daß man den guten Willen gehabt habe, Portugal gegen etwaige Gewaltthatigkeiten zu schützen. Ein französisches Regierungsblatt, die Patrie, ertheilt der portugiesischen Regierung Lobspprüche, daß sie den französischen Kanonen gegenüber endlich ihr „Unrecht“ eingesehen, und schließt mit folgender hochtönenden Phrase: „Die Ordnung dieser Angelegenheit ist ein weiterer Sieg für die auswärtige Politik Frankreichs, die, Dank dem hohen Gedanken, der sie inspirirt, seit den letzten zehn Jahren keinen Fehler machte und keine Niederlage erlitt!“

Der von dem katholischen Klerus in Bologna ausgeführte Kinderraub hat in der französischen Presse zu einem äußerst lebhaften Kampfe geführt. Der „Univers“, das Organ der ultramontanen Partei, vertheidigt die Wegnahme des Judenknaben Mortara und seine Erziehung im katholischen Glauben, während von den übrigen Blättern das Verfahren der römischen Geistlichkeit bitter getadelt und als ein gewaltsamer Eingriff in die heiligen Rechte der Familie angesehen wird. Selbst einzelne katholische Priester haben sich gedrungen gefühlt, offen gegen Rom aufzutreten und die Wegnahme des heimlich von einer Magd getauften Judenkindes auch vom theologischen Standpunkte als ungerechtfertigt nachzuweisen. Die französische Regierung befindet sich diesem heftigen Streite gegenüber in einiger Verlegenheit. Die öffentliche Meinung spricht sich entschieden und mit einer seltenen Uebereinstimmung zu Gunsten der Familie Mortara aus und fordert zugleich ein Einschreiten der Regierung. Letztere möchte es nun aber mit Rom nicht gern verderben und man hat sich daher nur auf gütliche Vorstellungen beschränkt; diese sind aber völlig erfolglos geblieben und es zeigt sich, daß Frankreich, welches mit seinen Bajonetten den päpstlichen Stuhl stützen hilft, es nicht einmal durchsehen kann, daß ein Kind seinen Aeltern zurückgegeben wird. —

Die Regierung ist doch endlich zu der Einsicht gekommen, daß die von dem General Espinasse eingeführten Paspplacereien auf die Dauer nicht haltbar sind und mehr schaden als nützen. Man ist daher im Begriff, zu der früheren milderen Praxis zurückzukehren. Der Minister des Innern hat den Polizeicommissären in den Häfen und in den Grenzorten den Befehl ertheilt, daß die Pässe in Zukunft als ein Rechtstitel auf den Schuß der Behörden und nicht als eine Ursache von Verzögerungen oder als ein Vorwand zu allerlei Placereien angesehen werden sollen. Außerdem sind die Unterpräfecten an den Küsten und den Grenzen zur Ausfertigung von Pässen für das Ausland ermächtigt worden.

Die Detroi-Linien von Paris sollen nach einem Plane der Regierung bis zu den Festungswerken ausgedehnt werden, wodurch nicht nur die Einwohnerzahl der Hauptstadt um 300,000 Seelen vermehrt, sondern auch eine wesentliche Erhöhung der städtischen Abgaben erzielt werden würde. Den arbeitenden Klassen, welche bisher außerhalb der Linien billigere Lebensmittelpreise fanden, wird die neue Einrichtung weniger willkommen sein. Der Pariser Detroi, welcher bei seiner Einführung (1798) nur 6¹/₂ Mill. Fr. abwarf, betrug im vorigen Jahre 47¹/₂ Mill. Fr.; nach der Ausdehnung der Linien hofft man noch 4—5 Mill. mehr einzunehmen.